



## **Baubewilligungen auf dem elektronischen Weg**

Das Projekt „Baubewilligungen beantragen“ gehört zu den priorisierten Vorhaben von E-Government Schweiz (A1.06). Ziel des Projektes ist es, die Abwicklung von Baugesuchen und Baubewilligungen zwischen Bauherren, Architekten und Behörden zu vereinfachen und wo nötig gemeinsame Schnittstellen für Kantone und Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Der Gesuchsteller soll das Baugesuch sowie die nötigen Unterlagen bei der zuständigen Stelle künftig elektronisch einreichen können. Er erhält nach Ablauf des Verfahrens auch die Bewilligung auf elektronischem Weg. Der Bewilligungsprozess soll für den Gesuchsteller dadurch nachvollziehbar und effizienter sein, indem der Aufwand gegenüber dem ursprünglichen Bewilligungsverfahren massiv verringert werden kann.

Die BPUK, Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz, betreut dieses Projekt politisch im Sinne einer Schirmherrschaft. Die Bausekretären-Konferenz sichert auf fachlicher Ebene die Koordination.

Im Jahre 2009 wurde ein Fach-Workshop durchgeführt, an dem Vertreter aus mehreren Kantonen, Städten und Gemeinden sowie weitere Interessierte teilnahmen. Als Fazit kristallisierten sich folgende 3 Anforderungen an das Projekt „elektronische Baubewilligung“ heraus. Das Konzept muss:

1. Verfahrensneutral sein (es dürfen keine Bedingungen an Verfahrensanpassungen geknüpft werden)
2. Getätigte Investitionen der Teilnehmenden sind zu schützen (je jünger und je kostspieliger, desto mehr Schutz)
3. Für alle Teilnehmende muss ein Mehrwert geschaffen werden.

Der Verein SSGI mit seinen über 290 Städten und Gemeinden wird sich mit diesem Projekt intensiv auseinandersetzen und die Interessen für seine Mitglieder in das eGov-Projekt A1.06 einbringen. Dabei legt der Verein SSGI grossen Wert auf einfache und standardisierte Kundenschnittstellen, allenfalls unter Verwendung der neuen SuisseID. Gleichzeitig soll das elektronische Baubewilligungsverfahren nicht nur beim Kunden, sondern auch in der kommunalen Verwaltung weniger Aufwand verursachen und schlanke Bewilligungsprozesse unterstützen. Dabei sind insbesondere die Prozesse mit

Bezug auf kantonale Bewilligungsbehörden (Einholung von Stellungnahmen, Gutachten, Beurteilungen, Ausnahmegewilligungen etc.) von grosser Bedeutung für die Gemeinden.

Der Verein SSGI kann sich auch eine Koordination mit der Plattform „concessio“ und den dort geplanten Trägerschaften vorstellen. Derzeit wird ein entsprechendes Engagement geprüft. Dieses hängt jedoch von der Weiterentwicklung im priorisierten eGovernment-Vorhaben A.1-06 ab.

Die BPUK hat an ihrer Plenarversammlung im März 2010 entschieden, ein Konzept zu erarbeiten, welches die verschiedenen kantonalen Lösungen untersucht, Schnittstellen erörtert und Möglichkeiten aufzeigt, wie die Kantone/Gemeinden voneinander profitieren können. Je nachdem, welche Erkenntnisse aus diesem Konzept resultieren, wird die anschliessende Projektumsetzung geplant. Vorgesehen ist, dass eine mögliche Pilotphase im 2011 stattfindet. Eine flächendeckende Umsetzung wäre anschliessend zwischen 2012-2014 denkbar.

Das zu erarbeitende Konzept ist in 6 Module aufgegliedert.

- Modul 1 beinhaltet die Untersuchung, welche kantonalen und kommunalen Lösungen bereits bestehen. Diese sollen anhand von strukturierten Interviews erfasst werden.
- Modul 2 prüft die Anforderungen, welche bei der elektronische Baubewilligung aus Sicht der Kunden vorhanden sein müssen.
- In Modul 3 werden anschliessend mögliche Varianten dargestellt und bewertet.
- In einem weiteren Schritt wird danach festgehalten, welche Anpassungen an Prozesse und Instrumente notwendig sind, um einen grössten gemeinsamen Nenner im Bereich von elektronischen Baubewilligungen zu realisieren.
- In Modul 5 erfolgt eine grobe Schätzung der Kosten für die Initialisierung und den Betrieb sowie dem entstehenden Nutzen gemeinsamer Schnittstellen.
- Schliesslich wird das Konzept mit Überlegungen zur Projektumsetzung abgeschlossen.

Die Resultate des Konzepts werden wir auf unsere Homepage [www.ssgi.ch](http://www.ssgi.ch) aufschalten, sobald diese vorhanden sind. Gemeinden, welche an einer Mitwirkung im Rahmen dieser Arbeiten der BPUK interessiert sind, werden gebeten, sich beim Verein SSGI oder der BPUK direkt zu melden.

Für den Verein SSGI

Daniel Truttman – Leiter Informatik Stadt Zug